### Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen 
Teil I

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tag</th>
<th>Inhalt</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>10. 9. 65</td>
<td>Verordnung über die Art und Dauer der praktischen Berufsausbildung für das Lehramt an Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen</td>
<td>185</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 322-27</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>10. 9. 65</td>
<td>Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Güterkraftverkehrsgesetz (GüKvG)</td>
<td>187</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Ändert GVBl. II 61-2</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>7. 9. 65</td>
<td>Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Ingenieurgesetz</td>
<td>187</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 50-4</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>25. 8. 65</td>
<td>Verordnung über Disziplinarverfahren gegen Beamte örtlicher Stif-</td>
<td>188</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>tungen des öffentlichen Rechts in Frankfurt am Main</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 325-10</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4. 9. 65</td>
<td>Verordnung über die zuständige Behörde nach dem Gesetz gegen den</td>
<td>189</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>unlauteren Wettbewerb</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 50-5</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3. 9. 65</td>
<td>Verordnung über die Kosten im Rahmen des Durchführungsgesetzes</td>
<td>189</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>EWG-Richtlinie Frisches Fleisch (FrFl-Kostenverordnung)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 357-7</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>27. 8. 65</td>
<td>Verordnung zur Aufhebung der Verordnung über den Stellenplan und die</td>
<td>190</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Eingruppierung der Beamten der Land- und Forstwirtschaftskammern</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Hebt auf GVBl. II 321-11</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>24. 8. 65</td>
<td>Anordnung über die Zuständigkeit nach der Verordnung über die</td>
<td>190</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Altersgrenze der Hebammen</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 353-8</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>8. 9. 65</td>
<td>Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bestimmung von</td>
<td>191</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Jugendrichtern zu Vollstreckungsleitern für Jugendstrafanstalten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Ändert GVBl. II 210-17</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>30. 8. 65</td>
<td>Bekanntmachung über das Inkrafttreten des durch Notenwechsel vom 12.</td>
<td>191</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Juli 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Republik geschlossenen Abkommens über die gegenseitige Steuerbefreiung für Kulturinstitute</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Zu GVBl. II Anhang Staatsverträge S. 42</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

#### Verordnung

über die Art und Dauer der praktischen Berufsausbildung für das Lehramt an Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

Vom 10. September 1965

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Gesetzes über das Lehramt an öffentlichen Schulen in der Fassung vom 9. Mai 1963 (GVBl. I S. 65) wird verordnet:

### § 1

Dauer der praktischen Berufsausbildung

(1) Die Dauer der praktischen Berufsausbildung für das Lehramt an Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen beträgt zwölf Monate.

(2) Für die kaufmännische und die gewerbliche Fachrichtung müssen jeweils mindestens sechs Monate der praktischen Berufsausbildung (Vorpraxis) vor Beginn des Studiums, die restliche Zeit kann während des Studiums in den Semesterferien durchgeführt werden. Für die landwirtschaftliche, die hauswirtschaftliche und die nahrungsgewerbliche Fachrichtung muß die praktische Berufsausbildung...
ausbildung vor Beginn des Studiums abgeschlossen sein.

(3) Bei Bewerbern, die sich erst nach Aufnahme eines anderen Studiums für die Ausbildung zum Lehramt an Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen der kaufmännischen oder gewerblichen Fachrichtung entscheiden, kann auf die Vorpraxis ganz oder teilweise verzichtet oder die Auflage erteilt werden, diese ganz oder teilweise in den Semesterferien oder während der pädagogischen Ausbildung nachzuholen. Die Entscheidung trifft der Kultusminister.

§ 2
Art der praktischen Berufsausbildung

(1) Bewerber für die kaufmännische Fachrichtung sollen die praktische Berufsausbildung in kaufmännischen Betrieben durchführen.

(2) Bewerber für die gewerbliche und die nahrungsgewerbliche Fachrichtung sollen die praktische Berufsausbildung in Handwerks- und Industriebetrieben des von ihnen gewählten Studienzweiges durchführen.

(3) Bewerber für die landwirtschaftliche Fachrichtung sollen die praktische Berufsausbildung in landwirtschaftlichen Betrieben durchführen, die für die Ausbildung von Praktikanten anerkannt sind.

(4) Bewerber für die hauswirtschaftliche Fachrichtung sollen sechs Monate der praktischen Berufsausbildung in einem anerkannten Lehrhaushalt oder in einer Großküche oder in der hauswirtschaftlichen Abteilung einer Anstalt oder eines Heimes durchführen. Sechs Monate können wahlweise durch
1. einen praktischen Lehrgang an einer Frauenfach- oder Landfrauenenschule,
2. eine Tätigkeit in Institutionen der Ernährungswissenschaft oder der Lebensmitteluntersuchung oder
3. eine Tätigkeit in Verarbeitungsbetrieben der Nahrungsmittelindustrie oder des Nahrungsmittelgewerbes nachgewiesen werden.

(5) Die praktische Berufsausbildung wird durch eine erfolgreich abgeschlossene Lehre in der entsprechenden Fachrichtung ersetzt.

§ 3
Durchführung der praktischen Berufsausbildung

(1) Die Durchführung der praktischen Berufsausbildung mit Ausnahme der für die kaufmännische Fachrichtung in Praktikantenordnungen geregelt, die vom Kultusminister erlassen werden.

(2) Die Praktikantenordnung für die landwirtschaftliche Fachrichtung bedarf der Zustimmung des Ministers für Landwirtschaft und Forsten.

§ 4
Anerkennung der praktischen Berufsausbildung

(1) Über die Anerkennung der praktischen Berufsausbildung entscheidet der Leiter des Wissenschaftlichen Prüfungsamtes, bei der kaufmännischen Fachrichtung das Prüfungsamt der zuständigen Fakultät. In Zweifelsfällen entscheidet der Kultusminister, bei der landwirtschaftlichen Fachrichtung im Einvernehmen mit dem Minister für Landwirtschaft und Forsten.

(2) Die Anerkennung kann versagt werden, wenn die praktische Berufsausbildung nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde. Die Anerkennung kann von der Wiederholung bestimmter Ausbildungsabschnitte abhängig gemacht werden.

§ 5
Aufhebung früherer Vorschriften


§ 6
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

1) GVBl. II 322-11

Wiesbaden, den 10. September 1965

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Zinn

Für den Kultusminister
Der Minister der Finanzen
Osswald
Verordnung
zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten
nach dem Güterkraftverkehrsgesetz (GüKKG)

Vom 10. September 1965

Auf Grund des § 6 a des Güterkraftverkehrsgesetzes vom 17. Oktober 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 697), zuletzt geändert durch das Fünfte Gesetz zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes vom 8. Juni 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 345), wird verordnet:

Artikel 1
§ 3 der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Güterkraftverkehrsgesetz vom 27. Oktober 1961 (GVBl. S. 139) erhält folgende Fassung:

„§ 3
Als zuständige Behörden für die Bestimmung angenommener Standorte im Sinne des § 6 a GüKKG werden die Landräte als Behörden der Landesverwaltung und die Magistrate der kreisfreien Städte bestimmt.

Artikel 2
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 10. September 1965

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Zinn

Der Minister für Wirtschaft und Verkehr
Arndt

*) Ändert GVBl. II 61-2

Anordnung
über Zuständigkeiten nach dem Ingenieurgesetz

Vom 7. September 1965


§ 1
(1) Für die Entgegennahme der Anzeige nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Ingenieurgesetzes und für die Untersagung des Fährrens der Berufsbefugnis „Ingenieur“ nach § 2 des Ingenieurgesetzes ist der Regierungspräsident zuständig, in dessen Bezirk die Person, die die Berufsbefugnis „Ingenieur“ führt oder führen will, berufstätig ist oder ihren Wohnsitz oder in Ernennung eines Wohnsitzes ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort hat. Ist ein Ort der Berufstätigkeit, ein Wohnsitz oder ein gewöhnlicher Aufenthaltsort im Geltungsbereich des Ingenieurgesetzes nicht vorhanden, so ist der letzte Ort der Berufstätigkeit, der letzte Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthaltsort maßgebend. Ergibt sich aus diesem Grund keine zuständige Behörde, so ist der Regierungspräsident zuständig, in dessen Bezirk die Berufstätigkeit ausgeübt werden soll.

(2) Ist nach Abs. 1 für ein Verfahren nach § 2 des Ingenieurgesetzes eine Zuständigkeit mehrfach begründet, so ist der Regierungspräsident zuständig, der zuerst mit der Sache befaßt worden ist. Er kann ein Verfahren an einen anderen nach Abs. 1 zuständigen Regierungspräsidenten abgeben, wenn dies zweckmäßig erscheint. In Zweifelsfällen bestimmt der Minister für Wirtschaft und Verkehr den zuständigen Regierungspräsidenten.

(3) Abs. 2 gilt für die Regierungspräsidenten im Verhältnis zu den zuständigen Verwaltungsbehörden der anderen Länder entsprechend.

§ 2
(1) Für die Erteilung der Genehmigung nach § 3 des Ingenieurgesetzes ist der Kultusminister zuständig. § 1 Abs. 1 findet entsprechende Anwendung.

*) GVBl. II 50-4
(2) Ist im Geltungsbereich des Ingenieurgesetzes eine Zuständigkeit für ein Verfahren nach § 3 des Ingenieurgesetzes mehrfach begründet, so ist der Kultusminister nicht zuständig, wenn er nicht zuerst mit der Sache befaßt worden ist. Er kann ein Verfahren an eine zur Erteilung von Genehmigungen nach § 3 des Ingenieurgesetzes in einem anderen Lande zuständige Behörde abgeben, wenn dies zweckmäßig erscheint.

§ 3
Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 8 des Ingenieurgesetzes ist der Regierungspräsident.

§ 4
Diese Anordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 7. September 1965
Hessische Landesregierung
Der Ministerpräsident
Zinn
Der Minister für Wirtschaft und Verkehr
Arndt

Verordnung
über Disziplinarverfahren gegen Beamte örtlicher Stiftungen des öffentlichen Rechts in Frankfurt am Main*

Vom 25. August 1965

Auf Grund des § 120 der Hessischen Disziplinarordnung vom 21. März 1962 (GVBl. S. 145) wird verordnet:

§ 1
Oberste Dienstbehörde und Einleitungsbehörde für die Beamten der örtlichen Stiftungen des öffentlichen Rechts in Frankfurt am Main ist der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main.

§ 2
Dienstvorgesetzter für die in § 1 genannten Beamten ist der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main.

§ 3
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 25. August 1965
Der Hessische Minister des Innern
Schneider

*) GVBl. II 325-10
Verordnung
über die zuständige Behörde nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb

Vom 4. September 1965


§ 1
(1) Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb ist der Regierungspräsident.

(2) Örtlich zuständig ist der Regierungspräsident, in dessen Bezirk die Verkaufsveranstaltung stattfindet, stattgefunden hat oder stattfinden soll.

§ 2

§ 3
Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1965 in Kraft.


Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
Arnold

---

\(^1\) GVBl. II 59-5

---

Verordnung
über die Kosten im Rahmen des Durchführungsgesetzes EWG-Richtlinie Frisches Fleisch (FrFl-Kostenverordnung)

Vom 3. September 1965


§ 1
(1) Der Besitzer eines Schlachthofes, eines Zerlegungsbetriebes und eines außerhalb eines Schlachthofes oder Zerlegungsbetriebes gelegenen Kühlhauses hat für
1. die Zulassung seines Betriebes zum innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem Fleisch 30 Deutsche Mark
2. jede Überwachung des Betriebes durch den amtlichen Tierarzt 10 bis 30 Deutsche Mark
3. die Ausstellung einer Genußtauglichkeitsbescheinigung 5 Deutsche Mark zu entrichten.

(2) Für jede der Durchführungsgesetz erforderliche, nicht im Rahmen der ordentlichen Fleischbeschau vorzunehmende besondere Kennzeichnung durch Stempelung des Fleisches oder der Etiketten hat der Besitzer des Fleisches außer einer etwaigen Wegeentschädigung von 0,50 Deutsches Mark je Kilometer für jedes Fleischstück 0,20 Deutsche Mark, jedoch mindestens 2 Deutsche Mark zu entrichten.

§ 2
Für die Schlachtier- und Fleischbeschau bei der Untersuchung von Tieren, die für den innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem Fleisch bestimmt sind, gelten die für die Inlandsbeschau festgesetzten Kostensätze.

§ 3
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.


Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
Hemsath

---

\(^1\) GVBl. II 357-7
Verordnung
zur Aufhebung der Verordnung über den Stellenplan und die
Eingruppierung der Beamten der Land- und Forstwirtschaftskammern*)

Vom 27. August 1965


Artikel 1
Die Verordnung über den Stellenplan und die Eingruppierung der Beamten der Land- und Forstwirtschaftskammern vom 1. März 1960 (GVBl. S. 17) wird aufgehoben:

Artikel 2
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 27. August 1965

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
Hacker

*) Hebt auf GVBl. II 321-11

Anordnung
über die Zuständigkeit nach der Verordnung über die Altersgrenze
der Hebammen*)

Vom 24. August 1965

Zur Ausführung der Verordnung über die Altersgrenze der Hebammen vom 24. Juli 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 503) wird bestimmt:

§ 1
Zuständige Behörde im Sinne des § 2 der Verordnung über die Altersgrenze

§ 2
der Hebammen ist der für den Wohnsitz der Hebämme zuständige Regierungspräsident.

Diese Anordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.


Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
Hemsath

*) GVBl. II 383-8
Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Bestimmung von Jugendrichtern zu Vollstreckungsleitern für Jugendstrafanstalten

Vom 8. September 1965


§ 1
Im § 1 der Verordnung über die Bestimmung von Jugendrichtern zu Vollstreckungsleitern für Jugendstrafanstalten vom 26. August 1963 (GVBl. I S. 134) wird vor den Worten „für die Jugendstrafanstalt in der Strafanstalt für Frauen in Frankfurt am Main-Preungesheim“ eingefügt: „für die Untersuchungsanstalt für männliche junge Gefangene in Frankfurt am Main-Höchst, soweit dort Jugendstrafe vollzogen wird, sowie“. § 2
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 8. September 1965

Der Hessische Minister der Justiz
Lauritzen

*) Andert GVBl. II 210-17

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des durch Notenwechsel vom 12. Juli 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik geschlossenen Abkommens über die gegenseitige Steuerbefreiung für Kulturinstitute

Vom 30. August 1965


Wiesbaden, den 30. August 1965

Der Hessische Minister der Finanzen
Osswald

*) Zu GVBl. II Anhang Staatsverträge S. 42

---


Die Auslieferung von Einzelstücken älterer Ausgaben erfolgt auch dann durch den Verlag Dr. Max Gehler, 6380 Bad Homburg vor der Höhe, Postfach 66, wenn der Wiesbadener Kurier als Verlag angegeben ist.
Schluß mit dem Wühlen!

Haben Sie sich nicht schon oft mehr oder weniger laut bei sich oder bei Ihren Mitarbeitern beklagt, daß Sie ein hessisches Gesetz, eine Verordnung in der falschen Fassung vorgelegt bekommen haben?

Gewiß, Sie haben sicher ein gutes Büro, wo man alle Gesetzesänderungen in die älteren Gesetze, die bei Ihnen sorgfältig abgelegt sind, überträgt — vorausgesetzt, daß die Mitarbeiter nicht so überlastet sind oder Sie nicht mit neuen unzureichenden Kräften arbeiten müssen, daß das alles in Ordnung geht.

Deswegen hat die hessische Staatsregierung da Abhilfe geschaffen, indem sie durch einen berufenen Mitarbeiter, der lange Zeit nur mit der Gestaltung dieses Werkes befaßt war, das

Gesetz- und Verordnungsblatt, Teil II geschaffen hat.

In diesem großen Werk sind bekanntlich nicht nur alle Rechtsvorschriften, die seit Jahrhunderten in den verschiedenen Teilen, aus denen sich Hessen zusammensetzt, erlassen wurden und die noch Gültigkeit haben, zusammengefaßt worden, wobei man auf einen Bruchteil der früheren Bestimmungen gekommen ist; vor allem werden hier alle neuen Gesetze und Verordnungen sowie jede Änderung einer früheren Rechtsvorschrift so gebracht, daß der Benutzer stets das Gesetz, die Verordnung in der heute gültigen Fassung vor sich liegen und jederzeit zur Hand hat.

Es fällt also weg, daß man Neuerungen, die manchmal nur ein Wort, oft aber ganze große Paragraphen ausmachen, in das alte Stück eintragen muß.

Das Ganze ist in mehreren Ordnern zusammengefaßt, so daß alles leicht aufgefunden werden kann. In der Zeit des Personal mangels war diese Regelung notwendig und ist allgemein begrüßt worden.

Sollten Sie diese Ausgabe noch nicht besitzen, die Sie natürlich laufend nachbeziehen können, so schreiben Sie an den Verlag. Er schickt Ihnen gern genaue Unterlagen.

VERLAG DR. MAX GEHLEN
6380 Bad Homburg vor der Höhe • Postfach 66